



Drucksachen-Nr.
6272/2020-2025

Datum:

30.05.2023

An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld

Antrag

| Gremium | Sitzung am | Öffentlichkeitsstatus |
|---|------------|-----------------------|
| Sozial- und Gesundheitsausschuss | 31.05.2023 | öffentlich |

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Stadtteilkoordinationskasse: Projekte der Stadtteilkoordinationen Jöllenbeck, Mitte-Nord und Brackwede und Ergebnisse der Dialogischen Gespräche aus 2022 und Weiterführung der Projektmittel ab 2023 (TOP 11)

Text des Antrags:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss möge beschließen:
Der Beschlussvorschlag der Beschlussvorlage (Drs. 6105/2020-2025) wird erweitert um einen dritten Abschnitt mit folgendem Inhalt:

„3. Die Stadtteilkoordination soll im Rahmen einer ständigen, sich begleitend vollziehenden konzeptionellen Weiterentwicklung auf Migrations- und Integrationsberatung mit dem besonderen Schwerpunkt der Islamismus-Prävention fokussiert werden. Ziel dieser Präventionsarbeit ist es, religiös-ideologischen Integrationshindernissen, die archaischen kulturellen Denkmustern entspringen, dauerhaft und langfristig entgegenzuwirken.“

Begründung:

Laut Begründungstext der oben genannten Beschlussvorlage wäre es aus Sicht der Stadtteilkoordinatorin in Jöllenbeck wünschenswert, eine Migrationsberatung im Quartier zu etablieren, zumal es dafür eine hohe Nachfrage zu geben scheint. Dies ist grundsätzlich zu befürworten, kann aber nicht alles sein: Die Tatsache, dass laut Polizei am vergangenen Sonntagabend (28.05.2023) bis zu 300 Fahrzeuge an einem Autokorso auf dem Jahnplatz beteiligt waren, mit dem der Wahlsieg eines autokratischen Islamisten gefeiert wurde, zeigt auf, dass Bielefeld ein Islamismus- und daher auch ein Integrationsproblem hat. Wenn also „Migrationsberatung“ gefragt ist, muss dies zwingend auch eine *Integrationsberatung* sein

– und zwar eine, die prioritär darauf ausgerichtet ist, derlei Phänomene endlich langfristig und wirkungsvoll zu bekämpfen, damit Integration nicht nur ein Schlagwort bleibt.

Unterschrift:

gez.

Dr. Florian Sander

Sozialpolitischer Sprecher der AfD-Ratsgruppe Bielefeld